

Drittes Kapitel: Staatshaftungsrecht

Übersicht 19: Amtshaftung, § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG

Prüfschema zu § 839 BGB, Art. 34 GG

1. **Handeln (Unterlassen) eines Amtsträgers in Ausübung eines öffentlichen Amtes:**
Jedes **öffentlich-rechtliche** Handeln (Unterlassen) eines Amtsträgers („jemand“)
 - Beamtenstatus ist nicht erforderlich.
2. **Verletzung einer drittgerichteten Amtspflicht**
 - a) Amtspflicht
 - Alle durch Rechtsnormen oder verwaltungsinterne Regelungen auferlegte Pflichten des Amtsträgers (insbes. Verbot, andere zu schädigen oder rechtswidrig zu handeln)
 - b) Drittgerichtetheit der Amtspflicht
 - Die Amtspflicht darf nicht nur im Interesse der Allgemeinheit bestehen, sondern muss zumindest auch den Schutz des Geschädigten bezwecken.
 - Der Erlass rechtswidriger Rechtsvorschriften verletzt nach BGH grundsätzlich keine drittgerichteten Amtspflichten.
 - c) Verstoß gegen die (drittgerichtete) Amtspflicht
3. **Verschulden** des Amtsträgers, § 839 I 1 BGB (Vorsatz/Fahrlässigkeit)
4. Vorliegen eines **Schadens**
5. **Kausalität** zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden
 - Ggf. Adäquanztheorie beachten
6. **Kein Haftungsausschluss** insbes. aufgrund
 - a) Subsidiaritätsklausel, § 839 I 2 BGB, sehr restriktive Handhabung
 - b) Richterspruchprivileg, § 839 II BGB
 - c) Schuldhaftes Nichtergreifen von möglichen Rechtsbehelfen, § 839 III BGB
7. **Art und Umfang des Schadensersatzes**
 - §§ 249 ff. BGB, aber nur Geldersatz; gem. § 253 II BGB auch Schmerzensgeld
8. **Haftender Hoheitsträger**
 - Die Anvertrauensatheorie führt in aller Regel zur Haftung der Anstellungskörperschaft.
 - Beachte: Keine Eigenhaftung des öffentlich-rechtlich handelnden Amtsträgers
9. **Rechtsweg**
 - Zivilrechtsweg gem. Art. 34 S. 3 GG, § 40 II 1 HS 1, 3. Var. VwGO (gem. § 71 II Nr. 2 GVG die Landgerichte)

I. Anspruch auf Enteignungsentschädigung

1. Öffentlich-rechtliches Handeln
2. Eingriff in vermögenswerte, von Art. 14 I 1 GG geschützte Rechtspositionen
3. **Gezieltes** hoheitliches Handeln durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes (RVO, Satzung, VA) mit Enteignungsabsicht (im Unterschied zur Inhalts- und Schrankenbestimmung oder zum enteignenden Eingriff)
4. Gemeinwohlinteresse
5. Rechtmäßige gesetzliche Entschädigungsregelung
6. Rechtmäßigkeit des Eingriffs (z.B. formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes; Verhältnismäßigkeit des Eingriffs; im Falle der Rechtswidrigkeit bestehen keine Ansprüche auf Enteignungsentschädigung)
7. Rechtsweg
Zivilgerichte, Art. 14 III 4 GG

II. Anspruch aus enteignungsgleichem Eingriff

1. Rechtsgrundlage: gewohnheitsrechtlich anerkannter allgemeiner Aufopferungsgrundsatz (der §§ 74, 75 EinlPrALR von 1794) in seiner richterrechtlichen Ausprägung (**Gewohnheitsrecht**)
2. Öffentlich-rechtliches Handeln
3. Eingriff in Eigentum i.S.v. Art. 14 I 1 GG
4. Unmittelbarkeit des Eigentumseingriffs und der Folgen
 - a. Die im öffentlich-rechtlichen Handeln angelegten typischen Gefahren müssen sich verwirklicht haben.
5. **Rechtswidrigkeit** des öffentlich-rechtlichen Handelns
6. Sonderopfer (nach h.M. folgt aus der Rechtswidrigkeit grundsätzlich das Sonderopfer)
7. Haftungsausschluss für legislatives Unrecht
8. Vorrang des Primärrechtsschutzes
9. Rechtsweg: Über Entschädigungsfragen entscheiden die Zivilgerichte, § 40 II 1 HS 1, 1. Var. VwGO (nicht Art. 14 III 4 GG analog).

III. Anspruch aus enteignendem Eingriff

Rechtsgrundlage wie beim enteignungsgleichen Eingriff.
Seine Voraussetzungen unterscheiden sich von denjenigen eines enteignungsgleichen Eingriffs dadurch, dass das öffentlich-rechtliche Handeln rechtmäßig ist und zumeist ungewollte sowie unvermeidbare unmittelbare Auswirkungen auf das Eigentum hat. Das Sonderopfer muss allerdings genauer begründet werden.

Folge: Entschädigungsanspruch. Der Betroffene kann sich gegen das entsprechende öffentlich-rechtliche Handeln nicht zur Wehr setzen, da aufgrund seiner Rechtmäßigkeit eine Duldungspflicht besteht.

Rechtsweg für Entschädigungsansprüche wie oben.

Übersicht 21: *Folgenbeseitigungsanspruch (Prüfschema)*

1. Anspruchsinhalt: Wiederherstellung des ursprünglichen oder eines vergleichbaren Zustandes
2. Rechtsgrundlage: Rechtsstaatsprinzip i.V.m. den Grundrechten
3. Öffentlich-rechtliches Handeln
4. Rechtseingriff
5. Unmittelbarkeit der Folgen
6. Rechtswidrigkeit und Rechtsgrundlosigkeit der Folgen
7. Möglichkeit und Zumutbarkeit der Folgenbeseitigung
8. Rechtsgedanke des § 254 BGB
9. Prozessuale Durchsetzung
 - a. Anfechtungsklage mit Annexantrag (§ 113 I 1, 2 VwGO), falls Folgen auf einem anfechtbaren VA beruhen
 - b. Falls keine Folgen eines anfechtbaren VA, i.d.R. allgemeine Leistungsklage, in bestimmten Fällen auch Verpflichtungsklage

Übersicht 22: Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch (Prüfschema)

1. Vorrang spezieller Ausgleichs- und Erstattungsvorschriften wie § 49a VwVfG
2. Rechtsgrundlage: Rechtsstaatsprinzip i.V.m. den Grundrechten
3. Vermögensverschiebung zw. Anspruchsteller und Anspruchsgegner
4. Öffentlich-rechtliche Rechtsbeziehung zwischen Anspruchsteller und Anspruchsgegner
5. Rechtsgrundlosigkeit der **bestehenden** Vermögenslage
6. Kein Anspruchsausschluss
Insbes. kein Wegfall der Bereicherung
7. Prozessuale Durchsetzung
 - a) Bürger gegen Staat
 - aa) Anfechtungsklage mit Annexantrag analog § 113 I 1, 2 VwGO, falls Vermögensverschiebung auf einem wirksamen VA beruht
 - bb) Verpflichtungs- oder allgemeine Leistungsklage, falls Vermögensverschiebung auf keinem wirksamen VA beruht
 - b) Staat gegen Bürger
Erlass eines VA (Erstattungsbescheid = Rückforderungsbescheid, wenn zwischen Staat und Bürger ein Über-Unterordnungs-Verhältnis besteht (BVerwG), oder Erhebung einer allgemeinen Leistungsklage (Lit.)

1. Rechtsgrundlage

Effet utile des EU-Rechts (Art. 4 III AEUV), Analogie zu Art. 340 II AEUV, Kompetenz des EuGH zur Auslegung des EU-Rechts nach Art. 19 EUV.

2. Handeln für einen Träger öffentlicher Gewalt

3. Verstoß gegen eine Rechtsnorm des EU-Rechts, die bezweckt, dem einzelnen Rechte zu verleihen

In Betracht kommen vor allem Vorschriften des AEUV, aber auch Verordnungen und Richtlinien.

4. Hinreichend qualifizierter Rechtsverstoß

Nicht jeder Verstoß gegen EU-Recht, das die unter 3. genannten Voraussetzungen erfüllt, löst einen EU-rechtlichen Staatshaftungsanspruch aus. Der EuGH verlangt einen **hinreichend qualifizierten**, d.h. einen **offenkundigen und schwerwiegenden Rechtsverstoß**. Bei der Prüfung, ob dieses Kriterium erfüllt ist, sind vor allem **folgende Aspekte (Hilfskriterien)** zu berücksichtigen:

- das Maß an Klarheit und Genauigkeit der verletzten EU-rechtlichen Rechtsvorschrift
- der Umfang des Ermessensspielraums des Mitgliedstaates und seiner Organe hinsichtlich der Anwendung und des Vollzugs der verletzten Rechtsvorschrift des EU-Rechts
- die Frage, ob der Verstoß vorsätzlich oder fahrlässig begangen wurde

Beachte: Der EU-rechtliche Staatshaftungsanspruch ist nach der Rechtsprechung des EuGH **verschuldensunabhängig**. Die Frage des Verschuldens ist allerdings ein wichtiges Hilfskriterium.

5. Vorliegen eines Schadens

6. Unmittelbare Kausalität zwischen dem Rechtsverstoß und dem Schadenseintritt

Der Schadenseintritt darf nicht außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit gelegen haben (Adäquanztheorie).

7. Kein Haftungsausschluss

- a) § 839 I 2 BGB (Verweisungsprivileg) ist **unanwendbar** (str.).
- b) § 839 II BGB ist nach der Rechtsprechung des EuGH nicht anwendbar. Nach ihr haftet der Staat für eine **letztinstanzliche** Gerichtsentscheidung bereits dann, wenn das Gericht **offenkundig** gegen EU-Recht verstoßen hat.
- c) § 839 III BGB ist anwendbar.

8. Berücksichtigung von Mitverschulden des Geschädigten, § 254 BGB

9. Art und Umfang des Ersatzes

Es ist voller Schadensersatz zu leisten (auch Ersatz des entgangenen Gewinns).

10. Anspruchsgegner

Es haftet derjenige Hoheitsträger (z.B. Bund, Land, Gemeinde), der gegen das EU-Recht verstoßen hat.

11. Verjährung

- a) 195 BGB (drei Jahre)

12. Rechtsweg

Zivilrechtsweg, § 40 II 1 HS 1, 3. Var. VwGO